



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 16/18 • 19.04.2018



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

Wie in den vergangenen Jahren möchte sich Sachsen-Anhalt an der „Europäischen Woche der Regionen und Städte“ (ehemals Open Days) beteiligen. Das gemeinsame Konsortium „Innovative regions for a strong cohesion policy“ mit Partnern aus Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Tschechien und Wales bewirbt sich um einen der Workshop-Plätze. Neu ist diesmal, dass im Vorfeld über die eingegangenen Bewerbungen abgestimmt werden kann.

Wir würden uns daher freuen, wenn Sie sich zwei Minuten Zeit nehmen könnten und für unsere Partnerschaft Ihre Stimme abgeben. Mehr Infos dazu in dieser Ausgabe auf Seite 12.

https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/session_2018_proposals

Vielen Dank!

Mit besten Grüßen

Dr. Henrike Franz
Leiterin der Landesvertretung



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäische Kommission – Durchsetzung von Verbraucherrechten in der EU stärken	
• Europäische Kommission – Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette stärken	
• EURO-Gedenkmünzen – Neuausgaben	
• Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden: Endgültige Einigung	
• Ausschuss der Regionen – Konferenz zu den Herausforderungen europäischer Übergangsregionen	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	9
• Einigung zu Europass macht Lebenslauf und Berufsabschlüsse im Ausland leichter verständlich	
• Nach Bürgerinitiative „Verbot von Glyphosat“ – Mehr Transparenz	
• Grenzkontrollen im Schengen-Raum	
• Verschmutzung von Küsten zurückgegangen	
<u>Was, wann, wo</u>	12
• Jetzt abstimmen - Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Woche der Regionen und Städte	
• Der Wolf: Gekommen, um zu bleiben – Fachveranstaltung in der LV Brüssel	
• Französische Filmwoche in Sachsen-Anhalt	
• „Digitaler Tag 2018“ fand in Brüssel statt	
• Interkulturelles Training für Unternehmen – Der Miniworkshop des Enterprise Europe Network zur Internationalisierung	
<u>Ausschreibungen</u>	16
• EU sucht europäische Hauptstädte des intelligenten Tourismus	
• Aktionsvorschläge für Europäische Mobilitätswoche	
• Nachwuchsjournalisten können sich bei EU-Medienprogramm bewerben	
• KOM – H2020	
• EP – Stellenausschreibungen	
• KOM – Erasmus+ Leitaktion 3	
<u>Kontaktbörse</u>	20
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	22
• Tipp – Die Königlichen Gewächshäuser in Laeken öffnen ihre Tore	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	25
<u>Impressum</u>	26



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Kommission – Durchsetzung von Verbraucherrechten in der EU stärken

Die Rechte europäischer Verbraucher sollen gestärkt und besser durchgesetzt werden können. Dazu hat die Europäische Kommission am 11. April europäisch geregelte Verbandsklagen für die Verbraucher vorgeschlagen. Zwar zählen die Verbraucherschutzvorschriften der EU zu den strengsten weltweit, doch haben die jüngsten Fälle wie der Dieselskandal gezeigt, dass sie oft schwer durchzusetzen sind. Deshalb sollen qualifizierte Einrichtungen wie Verbraucherorganisationen künftig die Möglichkeit erhalten, Verbandsklagen im Namen von Verbrauchern zu erheben. Geplant sind auch strengere Sanktionen: wenn Unternehmen in mehreren Mitgliedstaaten gegen das Verbraucherrecht verstoßen, sollen künftig Strafen von bis zu 4 Prozent des Jahresumsatzes des Unternehmens möglich sein.

Ferner wird der Verbraucherschutz auf den Online-Bereich ausgeweitet und für mehr Transparenz auf Online-Marktplätzen gesorgt.

Die Kommissionsvorschläge werden nun vom Europäischen Parlament und vom Rat erörtert.

Die Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher baut auf den bisherigen Ergebnissen der Juncker-Kommission bei der Verbesserung des Verbraucherschutzes auf. Im Rahmen der [Strategie für einen digitalen Binnenmarkt](#) hat die Kommission zahlreiche Initiativen durchgeführt, um die Verbraucherschutzvorschriften an die Online-Welt anzupassen, beispielsweise durch die Abschaffung von Roaminggebühren oder ungerechtfertigtem Geoblocking. Zudem wird die 2017 verabschiedete modernisierte Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz die behördliche Durchsetzung und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Verbraucherbehörden verbessern.

Die Überprüfung der EU-Verbraucherschutzvorschriften und die jüngsten EU-weiten Verstöße gegen diese Vorschriften im vergangenen Jahr haben jedoch gezeigt, dass noch Spielraum besteht, um die Verbraucher besser zu schützen.

Die Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher umfasst zwei Richtlinienvorschläge. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Neue Rahmenbedingungen für die Verbraucher: Kommission stärkt Verbraucherrechte in der EU und ihre Durchsetzung [Link](#)

Europäische Kommission – Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette stärken

Die Europäische Kommission hat am 12. April einen [Vorschlag](#) vorgelegt, mit dem die unlauteren Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette verboten werden sollen, damit kleine und mittlere Lebensmittelunternehmen und landwirtschaftliche Betriebe gerechter behandelt werden. Der Vorschlag enthält auch Bestimmungen für eine wirksame



Durchsetzung: Werden Verstöße festgestellt, können nationale Behörden Sanktionen verhängen. Verboten werden sollen unter anderem verspätete Zahlungen für verderbliche Waren, kurzfristige Auftragsstornierungen und einseitige oder rückwirkende Vertragsänderungen.

Kleinere Marktteilnehmer in der Lebensmittelversorgungskette, wie beispielsweise Landwirte, sind in besonderem Maße unlauteren Handelspraktiken von Geschäftspartnern in der Lebensmittelkette ausgesetzt. Sie haben häufig eine schwache Verhandlungsposition und keine Alternativen, um ihre Erzeugnisse an die Verbraucher zu verkaufen.

Entsprechend dem Vorschlag der Kommission müssen die Mitgliedstaaten eine Behörde benennen, die für die Durchsetzung der neuen Vorschriften zuständig sein wird. Bei nachweislichen Verstößen kann die zuständige Stelle verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen verhängen. Diese Durchsetzungsbehörde wird auf eigene Initiative oder aufgrund einer Beschwerde Untersuchungen einleiten können. Parteien, die eine Beschwerde einreichen, können dabei Vertraulichkeit und Anonymität beantragen, um die eigene Position gegenüber ihrem Handelspartner zu schützen. Zudem wird die Kommission einen Mechanismus schaffen, über den sich die Durchsetzungsbehörden abstimmen und über bewährte Verfahren austauschen können.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen ergänzen die in den Mitgliedstaaten bestehenden Maßnahmen und den Verhaltenskodex der freiwilligen [Supply Chain Initiative](#). Die Mitgliedstaaten können nach eigenem Ermessen weitere Maßnahmen ergreifen.

Der Kommissionsvorschlag wird in Form einer EU-Rechtsvorschrift (Richtlinie) nun zusammen mit einer Folgenabschätzung den beiden gesetzgebenden Organen – dem Europäischen Parlament und dem Rat, in dem die Regierungen der Mitgliedstaaten vertreten sind – vorgelegt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Die vollständige Pressemitteilung [Link](#)

EURO-Gedenkmünzen – Neuausgaben

Im Amtsblatt C 133 vom 16. April 2018 [Link](#) wird auf die Herausgabe neuer nationaler Euro-Umlaufmünzen hingewiesen.

Euro-Umlaufmünzen haben im gesamten Euro-Währungsgebiet den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels. Zur Information der Fachkreise und der breiten Öffentlichkeit veröffentlichte die Kommission eine Beschreibung der Gestaltungsmerkmale aller neuen Euro-Münzen. Gemäß den Schlussfolgerungen des Rates vom 10. Februar 2009 ist es den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets sowie Ländern, die aufgrund eines Währungsabkommens mit der Europäischen Union Euro-Münzen ausgeben dürfen, unter bestimmten Bedingungen gestattet, für den Umlauf bestimmte Euro-Gedenkmünzen auszugeben. Dabei darf es sich ausschließlich um 2-Euro-Münzen handeln. Die Gedenkmünzen weisen die gleichen technischen Merkmale auf wie die üblichen 2-Euro-Münzen, sind jedoch auf der nationalen Seite mit einem national oder europaweit besonders symbolträchtigen Gedenkmotiv versehen. • *eag Quelle Amtsblatt*

Folgende neue Münzen wurden vorgestellt:



Münze	Ausgabestaat und Anlass	Ausgabedatum
	Republik San Marino 500. Jahrestag der Geburt von Tintoretto	April 2018
	Staat Vatikanstadt Europäisches Jahr des Kulturerbes — Die Laokoon-Gruppe	NN
	Finnland Finnische Saunakultur	Oktober 2018

Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden: Endgültige Einigung

Das Europäische Parlament hat am 17. April der überarbeiteten Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden endgültig zugestimmt. Die vereinbarten Änderungen sollen es ermöglichen, das enorme Potenzial für Energieeinsparungen im Gebäudesektor zu erschließen.

Die wichtigsten Neuerungen:

- ein klarer Plan zur Erhöhung des Bestands an emissionsarmen und -freien Gebäuden in der EU bis 2050; die Grundlage dafür bilden nationale Fahrpläne zur Senkung der CO₂-Emissionen von Gebäuden;
- Förderung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) sowie „intelligenter“ Technologien, um einen effizienten Gebäudebetrieb sicherzustellen, etwa durch Einführung von Automatisierungs- und Steuerungssystemen;
- Förderung des Aufbaus der erforderlichen Infrastruktur für Elektromobilität in allen Gebäuden (für Gebäude mit mehr als zehn Stellplätzen werden Mindestanforderungen beim Einbau von Ladepunkten für Elektroautos festgelegt);



- Einführung eines „Intelligenzindikators“, der die Fähigkeit eines Gebäudes misst, neue Technologien und elektronische Systeme zu nutzen, die sich an die Bedürfnisse des Verbrauchers anpassen und den Betrieb sowie die Interaktion mit dem Netz optimieren;
- Integration und erhebliche Stärkung langfristiger Strategien für die Renovierung von Gebäuden;
- Mobilisierung öffentlicher und privater Investitionen;
- Bekämpfung von Energiearmut und Senkung der Energiekosten der Haushalte durch Renovierung älterer Gebäude.

Die Entscheidung markiert den Verhandlungsabschluss des ersten von acht Gesetzesvorschlägen der EU-Kommission im Rahmen des Legislativpakets „Saubere Energie für alle Europäer“ (auch Winterpaket genannt). • *dw Quelle: EU-Kommission, EU-Parlament*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung von EU-Kommission und EU-Parlament: [hier](#) bzw. [hier](#)

Angenommener Text: In Kürze [hier](#) abrufbar

Fragen- und Antworten zur überarbeiteten Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie: [hier](#) (in Englisch)

Legislativpaket „Saubere Energie für alle Europäer“: [hier](#) (in Englisch)

Ausschuss der Regionen – Konferenz zu den Herausforderungen europäischer Übergangsregionen

Am 19. April 2018 fand eine Konferenz im Ausschuss der Regionen (AdR) zu den Herausforderungen von Übergangsregionen und der Rolle der zukünftigen Kohäsionspolitik in der Bewältigung dieser Problemstellungen statt. Die Veranstaltung wurde gemeinsam vom AdR und der belgischen Region Wallonien organisiert. Sachsen-Anhalt wurde dabei von Herrn Staatssekretär Dr. Michael Schneider in seiner Funktion als Bevollmächtigter des Landes beim Bund vertreten. Als AdR-Berichterstatter zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020 konnte er zudem wertvolle Einblicke in die Lösungsansätze der Kohäsionspolitik für die im Rahmen der Konferenz identifizierten Problemlagen geben.

Der Präsident des AdR, Lambertz, betonte zu Beginn die Notwendigkeit einer starken Kohäsionspolitik nach 2020 entsprechend den Forderungen der AdR-Stellungnahme von StS Dr. Schneider, um durch wirksame Investitionen die Zukunft Europas abzusichern.



Borsus, Präsident der Region Wallonien, unterstrich die Rolle der Kohäsionspolitik in der Begleitung des laufenden Strukturwandels insbesondere in ehemaligen Industriegebieten in Zeiten der Digitalisierung.

Seitens der Kommission skizzierte Andersson-Pench, Direktorin in der Generaldirektion für Regionalpolitik, die besonderen Herausforderungen, die sich aus den spezifischen

Wirtschaftsstrukturen, unterdurchschnittlichen Innovationskapazitäten und Bildungsschwächen für Übergangsregionen in der EU ergeben.



Herr StS Dr. Schneider betonte zunächst die Notwendigkeit, statistische Effekte des Brexit auf die Förderkulisse der Übergangsregionen zu unterbinden. Er plädierte für einen fortwährenden gemeinsamen EU-Ansatz zur Bewältigung der Herausforderungen der Übergangsregionen, da ansonsten eine harmonische Entwicklung gemäß der EU-Verträge nicht möglich sei. Es bedürfe gezielter und umfassender Investitionen in die Wirtschaftsstrukturen der Übergangsregionen, um das langfristige Ziel der eigenständigen und nachhaltigen Entwicklung in den Regionen zu erreichen. In Sachsen-Anhalt werde dies durch den demografischen Wandel verdeutlicht, der durch eine abwanderungsbedingte Abwärtsspirale u.a. zum Rückgang der Erwerbspersonen führe. Perspektivisch kann dieser Prozess aufgrund rückgehender Einnahmen und Investitionen ohne Strukturfondsförderung nicht aufgehalten werden. Um die Förderung effektiver zu gestalten, müsse man nach dem Subsidiaritätsprinzip mehr Flexibilität für die zuständigen Behörden schaffen und substantielle Vereinfachungen herbeiführen.

Der Vizepräsident der Region Hauts-de-France setzte sich für eine Anpassung der Indikatoren für die Fördermittelverteilung nach 2020 zur besseren Berücksichtigung der mannigfaltigen Herausforderungen der Übergangsregionen ein, darunter Arbeitslosigkeit und Innovationschwäche.



De Diego, stellv. Ministerin für Raumplanung, ergänzte dies durch ein Plädoyer für eine stärkere Berücksichtigung der demografischen Herausforderungen der Regionen.

Abschließend betonte der Landtagspräsident des österreichischen Burgenlandes, Illedits, die Notwendigkeit der Stärkung der Europäischen Sozialen Säule mit Strukturfondsmitteln, um insbesondere die Strukturprobleme

des Arbeitsmarktes anzugehen. Ebenso gelte es, die grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit nach 2020 umfassender zu dotieren, um den Zusammenhalt Europas nachhaltig zu stärken. • *df*



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Einigung zu Europass macht Lebenslauf und Berufsabschlüsse im Ausland leichter verständlich

Mit dem Europass lässt sich in wenigen Schritten einen Lebenslauf erstellen, der auch im Ausland verstanden wird. Künftig können Qualifikationen und Kompetenzen über das überarbeitete Europass-Konzept noch besser sichtbar gemacht werden. Marianne Thyssen, EU-Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, hat am 12. April die Einigung der Mitgliedstaaten zum Kommissionsvorschlag eines überarbeiteten Rahmenkonzepts zur Transparenz von Qualifikationen (Europass) begrüßt. In Deutschland ist besonders der Europass Mobilität zum Nachweis von Lernaufenthalten im Ausland beliebt und wird rege genutzt: bis März 2018 wurden bereits 250.000 Europass-Mobilitätsnachweise beantragt. Damit ist Deutschland Spitzenreiter in Europa.



Nachdem der Kommissionsvorschlag zur Modernisierung von Europass gebilligt wurde, bietet der Rahmen nunmehr ein E-Portfolio für die Speicherung und den Austausch von Informationen, Instrumente für die Selbstbewertung der Kompetenzen sowie Instrumente für die Beschreibung der in formellen und informellen Lernprozessen erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen.

Erstmals wird Europass auch Informationen zur Unterstützung der Karriereplanung anbieten, u. a. zu Trends und Anforderungen des Arbeitsmarkts sowie zu Beratungs- und Weiterbildungsangeboten in ganz Europa.

Ausstellende Institutionen können den Europass Mobilität problemlos über eine bedienerfreundliche Datenbank beantragen.

Mit der erzielten Einigung konnte die Kommission alle zehn Maßnahmen umsetzen, die in der europäischen Kompetenzagenda vom Juni 2016 festgelegt worden waren. Im Oktober 2016 legte die Kommission als eine der zehn Maßnahmen im Rahmen der Kompetenzagenda für Europa einen Vorschlag zur Überarbeitung der Europass-Entscheidung von 2004 vor. Der heute gebilligte Beschluss beruht auf dem Vorschlag der Kommission vom Oktober 2016, in den die Rückmeldungen sowie Konsultations- und andere wichtige Beiträge der Mitgliedstaaten, der Sozialpartner und anderer Interessenträger eingeflossen waren.

In jedem Land der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums koordiniert ein Nationales Europass-Zentrum sämtliche Aktivitäten in Verbindung mit den Europass-Dokumenten. Das Nationale Europass-Zentrum ist die erste Anlaufstelle für alle Personen und Organisationen, die den Europass nutzen oder mehr über ihn erfahren möchten. In Deutschland ist das Nationale Europass Center in der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung angesiedelt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Erklärung: Bessere Sichtbarkeit von Kompetenzen und Qualifikationen in der gesamten EU: Erklärung von Kommissarin Thyssen nach Verabschiedung des überarbeiteten Europass-Rahmens [Link](#)

Pressemitteilung: Neuer Europass-Rahmen: Kompetenzen und Qualifikationen besser präsentieren [Link](#)

Website Europass Deutschland [Link](#)



Nach Bürgerinitiative „Verbot von Glyphosat“ – Mehr Transparenz

Die Europäische Kommission hat am 11. April einen [Vorschlag](#) für mehr Transparenz bei den wissenschaftlichen Studien im Bereich der Lebensmittelsicherheit vorgelegt und reagiert damit auf die Bedenken, die von den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der erfolgreichen Europäischen [Bürgerinitiative „Verbot von Glyphosat“](#) geäußert wurden. Bürgerinnen und Bürger sollen unter anderem leichter auf Studien zugreifen können und in die Genehmigungsverfahren mit eingebunden werden.

Mit dem Vorschlag, der sich auch auf die [von der Kommission durchgeführte Eignungsprüfung](#) des [allgemeinen Lebensmittelrechts](#) stützt, das aus dem Jahr 2002 stammt und daher aktualisiert werden muss, soll Folgendes erreicht werden:

- Bürgerinnen und Bürger können leichter auf die Informationen zugreifen, die der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit ([EFSA](#)) zu Genehmigungszwecken innerhalb der Lebensmittelkette übermittelt werden,
- die Kommission wird zusätzliche Studien in Auftrag geben können und
- die Wissenschaftler aus den Mitgliedstaaten werden stärker in die Genehmigungsverfahren eingebunden.

Mit ihrem Vorschlag legt die Kommission eine gezielte Überarbeitung der [Verordnung über das allgemeine Lebensmittelrecht](#) vor; außerdem hat sie darin acht sektorbezogene Rechtsakte dahin gehend überarbeitet, dass sie an die allgemeinen Bestimmungen angeglichen werden und die Transparenz in den Bereichen genetisch veränderte Organismen, Futtermittelzusatzstoffe, Raucharomen, Lebensmittelkontaktmaterialien, Lebensmittelzusatzstoffe, Lebensmittelenzyme und -aromen, Pflanzenschutzmittel und neuartige Lebensmittel erhöht wird.

Der Legislativvorschlag wird nun dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten zur Annahme vorgelegt.

Ziel der Kommission ist es, dass der Vorschlag noch in der laufenden Legislaturperiode, d. h. bis Mitte 2019, verabschiedet wird, damit er schnell umgesetzt werden kann.

- *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Die vollständige Pressemitteilung [Link](#)

Grenzkontrollen im Schengen-Raum

EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos hat ein baldiges Treffen zu den Grenzkontrollen im Schengen-Raum angekündigt. Dabei soll über die Folgen der Grenzkontrollen für die Nachbarländer beraten werden, aber auch über mögliche alternative Lösungen, wozu mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit und gemeinsame Teams zwischen benachbarten Staaten gehören.

Derzeit führen Deutschland, Österreich, Frankreich, Dänemark, Schweden und Norwegen temporäre Grenzkontrollen durch.

Ziel der Kommission ist es, den Schengen-Raum zu erhalten und zu stärken. Aus diesem Grund hatte die Kommission einen Fahrplan „Zurück zu Schengen“ vorgelegt, den alle Staats- und Regierungschefs der EU gebilligt haben (Februar 2016).

Im [September 2017 schlug die Kommission vor, den Schengener Grenzkodex zu aktualisieren](#), um auf sich entwickelnde und anhaltende ernsthafte





Bedrohungen der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit zu reagieren. Dies wurde von den Staats- und Regierungschefs in den [Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Oktober 2017](#) gebilligt.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Laufend aktualisierte Website zu temporären Grenzkontrollen [Link](#)

Verschmutzung von Küsten zurückgegangen

Wie sich aus einem am 16. April veröffentlichten [Bericht](#) ergibt, ist die von Schiffen erzeugte Luftverschmutzung durch Schwefeloxide (SO_x) in der EU in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Dieser positive Trend ist das Ergebnis vereinter Bemühungen der Mitgliedstaaten und der Seeverkehrsbranche bei der Umsetzung der sogenannten Schwefelrichtlinie und zum Wandel hin zu saubereren Kraftstoffen.

Die technische und finanzielle Unterstützung der Mitgliedstaaten durch die EU war ein wichtiger Faktor dafür, dass die Vorschriften eingehalten werden konnten. Dank den seit 2015 für die „[SO_x-Emissions-Überwachungsgebiete](#)“ in der Nord- und Ostsee geltenden strengeren Grenzwerten haben sich die Emissionen dort halbiert, ohne dass dies größere wirtschaftliche Auswirkungen auf den Sektor insgesamt gehabt hätte. Schiffsabgase stellen eine wesentliche Luftverschmutzungsquelle dar und haben somit erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und auf die Umwelt.

Vor wenigen Tagen hat die [Internationale Seeschifffahrtsorganisation](#) (IMO) über eine erste Strategie zur Verringerung der Treibhausgasemissionen aus dem internationalen Seeverkehr in einer [Grundsatzvereinbarung](#) veröffentlicht. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Der Bericht zur Luftverschmutzung durch Schwefeloxide [Link](#)

Hintergründe zur Luftverschmutzung durch Schifffahrt [Link](#)

Initiative: Saubere Luft für alle Europäer [Link](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Jetzt abstimmen - Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Woche der Regionen und Städte

Im Rahmen der „Europäischen Woche der Regionen und Städte“ (8.-11. Oktober 2018) bewirbt sich Sachsen-Anhalt auch dieses Jahr um eine Teilnahme. Unter dem Vorsitz der Landesvertretung bereitet derzeit das Konsortium von Achterhoek (NL), Centre Val de Loire (FR), Friaul-Julisch Venetien (IT), Masowien (PL), Niederösterreich (AT), Valencia (ES), Vysočina (CZ) und Wales einen Workshop zur Zukunft der Kohäsionspolitik vor.

Bei der Verteilung der künftigen Haushaltsgelder steht die EU unter enormem Druck: Demografie, Migration, Globalisierung und Digitalisierung stellen neue Herausforderungen für die Gemeinschaft dar. Infolgedessen ist es notwendig, eine ausreichend finanziell ausgestattete und bürgernahe Kohäsionspolitik einzufordern. Der geplante Workshop möchte hierbei die besondere Rolle der regionalen Akteure in den Fokus nehmen und den Mehrwert der Kohäsionspolitik für die sozialen Herausforderungen herausstellen.

Vom 16. bis 27. April findet nun eine öffentliche Abstimmung über die eingereichten Vorschläge statt. Der Workshop **“Cohesion and societal challenges: Success stories for a more effective policy”** ist im Themenbereich **“Future of Cohesion Policy – EU budget”** zu finden.

Nur zwei Minuten Ihrer Zeit werden benötigt, um für Sachsen-Anhalt und seine Partner abzustimmen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Stimmabgabe: https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/session_2018_proposals

Twitter: #EURegionsWeek

• ed / as





Der Wolf: Gekommen, um zu bleiben

Am Donnerstag, dem 12. April 2018 fand in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU die Veranstaltung „Der Wolf: Gekommen, um zu bleiben. Wie gelingt die Integration des großen Beutegreifers in unserer modernen Kulturlandschaft?“ statt.



Sachsen-Anhalts

Landwirtschaftsministerin **Prof. Dr.**

Claudia Dalbert, Krzysztof Głowczyński, Direktor des Welski Naturparkes Lidzbark in Ermland-

Masuren, **Dr. Elsa Nickel**, Referatsleiterin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, **Nicola Notaro**, Referatsleiter „Naturschutz“ der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission und **Swen Keller**, Schäfer und Ausbilder von Herdenschutzhunden aus Sachsen-Anhalt legten ihre Sichtweisen in der Frage, wie eine erfolgreiche Koexistenz zwischen Mensch und Wolf erreicht werden kann, dar.



Anschließend war das internationale Publikum eingeladen, den Rednern Fragen zu stellen und zu diskutieren.

Nach einer Begrüßung der Anwesenden seitens Frau Dr. Franz, Leiterin der Landesvertretung, führte Frau Ministerin Prof. Dr. Dalbert in das Thema und die Situation in Sachsen-Anhalt ein. Sie stellte unter dem Grundsatz „Informieren, Schützen, Entschädigen“ den Weg vor, mit dem eine



Akzeptanz des Wolfes entstehen soll. Außerdem betonte sie, welchen wichtigen Beitrag die Weidetierhaltung in Sachsen-Anhalt leiste und deshalb auch einen besonderen Schutz verdiene. Frau Dr. Nickel empfahl ein konfliktarmes Wolfsmanagement, da man sich nicht auf eventuelle Änderungen des EU-Rahmens verlassen sollte. Es gäbe die europarechtliche Pflicht einen günstigen Erhaltungszustand des Wolfes herzustellen, was nicht nur eine

Herausforderung für die Verwaltung darstelle, sondern besonders auch für die Nutztierhalter und die Gesellschaft. Auch der Vertreter der Kommission Herr Nicola Notaro, sprach sich für



eine Unterstützung der Nutztierhalter durch die EU aus und machte deutlich, dass sich die Schutzbedingungen des Wolfes in Europa auf



absehbare Zeit nicht ändern würden. Schäfermeister Swen Keller stellte mit einem kurzen Film sowohl seine Arbeit vor, als auch den Vorteil, den der Einsatz von Herdenschutzhunden bringe. • sw

Französische Filmwoche in Sachsen-Anhalt

Vom 18. bis 25 April heißt es wieder „Bienvenue au cinéma“. Dieses Mal steht der 50. Jahrestag des „Mai 1968“ im Fokus.

Das Institut français Sachsen-Anhalt lädt zu 8 Tagen französischer Filmkultur in Magdeburg, Dessau und Halle ein. Mit 23 Filmen, 72 Filmvorstellungen, drei Gesprächen und drei Ausstellungen in drei Kinos, einem Kaffeehaus, zwei Theatern und drei Städten gibt es wieder die Möglichkeit Geschichten und Gesichtern der französischen und frankophonen Kinokultur zu entdecken.

"Generation Revolte" ist der Eröffnungsfilm der 5. Französischen Filmwoche in Sachsen-Anhalt. Das vollständige Programm und die Veranstaltungsorte finden Sie hier:

<https://franzoesische-filmwochen.de/> (Stk)

• eag Quelle: Facebook [Link1](#) und [Link2](#)



„Digitaler Tag 2018“ fand in Brüssel statt

Am 10. April fand in Brüssel der „Digitale Tag 2018“ statt, an dem mehrere hundert Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten sowie aus Wirtschaft, Hochschulen und der Zivilgesellschaft teilnahmen. Nach der ersten Ausgabe des Events vergangenes Jahr in Rom wiederholte die EU-Kommission die Initiative zur Förderung einer stärkeren Zusammenarbeit im digitalen Sektor. Deutschland war unter anderem vertreten von Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, und Georg Schütte, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Inhaltlich standen die Auswirkungen von Technologien, wie künstliche Intelligenz oder Blockchain, auf die Zukunft Europas und der Aufbau eines robusten digitalen Binnenmarkts im Zentrum der Gespräche und Paneldiskussionen. Darüber hinaus wurden von verschiedenen Gruppen von Mitgliedstaaten diverse Erklärungen verabschiedet. So riefen beispielsweise 21



Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, eine Europäische Partnerschaft zu Blockchain ins Leben.

Der für Binnenmarkt zuständige Kommissar Andrus Ansip forderte die Mitgliedstaaten im Rahmen der Veranstaltung auf, für die Zeit nach 2020 ihre finanziellen Beiträge für Investitionen in die digitale Transformation zu erhöhen. • *dw*

Interkulturelles Training für Unternehmen – Der Miniworkshop des Enterprise Europe Network zur Internationalisierung

Sie sind Unternehmer/in mit Internationalisierungsambitionen? Sie sehen Hindernisse bei der Kommunikation und Zusammenarbeit mit ausländischen Geschäftspartnern und wissen nicht, was dabei beachtet werden muss?

Dann ist der Workshop „Lost in Translation? – Das 1x1 der interkulturellen Kommunikation für Unternehmen“ genau das Richtige für Sie. Im Rahmen der Europawoche bietet das Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt (EEN) gleich zwei kostenlose Workshops mit dem Schwerpunkt interkulturelle Kommunikation in Halle und Blankenburg an.

Ein Experte wird mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein professionelles interkulturelles Training mit praxisnahen, interaktiven und theoretischen Elementen durchführen und Sie für die interkulturelle Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern sensibilisieren.



15

Darüber hinaus erfahren Sie mehr über die verschiedenen Unterstützungsmöglichkeiten auf dem Weg in internationale Märkte und wie Sie mithilfe des EEN Sachsen-Anhalt schnell und unkompliziert, neue Geschäftspartner im Ausland finden, sich an Forschungsprojekten beteiligen oder neue Technologien aufspüren bzw. Ihre eigenen Produkte weltweit vermarkten können.

Ab sofort können Sie sich auf der Webseite unter <http://bit.ly/EENWorkshopBl> (Training in Blankenburg) und unter <http://bit.ly/EENWorkshop> (Training in Halle) kostenlos registrieren und sich einen der begrenzten Plätze zu den folgenden Terminen sichern:

- 7. Mai 2018 in der Handwerkskammer Halle (Saale)
oder am
- 8. Mai 2018 im Rathaus Blankenburg

Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie auf unserer Webseite unter: www.een-sachsen-anhalt.de/veranstaltungen. • *Gastartikel*

Ansprechpartnerin
Isabell Rohde / Tel.: 0391/ 7443626 / irohde@tti-md.de



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

EU sucht europäische Hauptstädte des intelligenten Tourismus

Analog zu den Kulturhauptstädten soll es künftig auch europäische Tourismushauptstädte geben. Die EU-Kommission hat dafür am 12. April 2018 eine neue Initiative ins Leben gerufen. Bis 30. Juni 2018 können sich Städte ab 100.000 Einwohner um den Titel "European Capital of Smart Tourism 2019" bewerben. Die Initiative soll europäische Städte auszeichnen und gleichzeitig bewirken, dass diese Städte als „smartes“ Tourismusziel ihre originellen Ideen zeigen können.

Städte, die den Titel erhalten wollen, müssen folgende Kriterien erfüllen: Sie sollten für Reisende aller Altersstufen, mit und ohne Behinderung und unabhängig von ihrer sozialen oder wirtschaftlichen Situation zugänglich sein. Außerdem sollten sie sich für Nachhaltigkeit einsetzen, über digitale Angebote verfügen sowie ihr Kulturerbe und die kreativen Branchen für das Tourismuserlebnis nutzen.

Pro Jahr werden zwei Städte ausgezeichnet. Die erste Preisverleihung findet am 7. November 2018 in Brüssel statt. In ihrer Veröffentlichung hebt die Kommission hervor, dass die Träger des Titels "European Capital of Smart Tourism 2019" u. a. umfangreiche Unterstützung für Kommunikationsmaßnahmen erhalten. • *dw*

16

Eckdaten:

Wettbewerbsstart: **April 2018**

Bewerbungsschluss: **30. Juni 2018 bis 16:00 Uhr MEZ**

Evaluierungszeitraum: **Juli 2018**

Bekanntgabe der Finalisten in der engeren Auswahl: **Mitte August 2018**

Europäische Jurysitzung: **September 2018**

Preisverleihung & Ausstellung der ausgezeichneten Reiseziele in Brüssel: **7. November 2018**

Weitere Informationen:

www.smarttourismcapital.eu

http://smarttourismcapital.eu/downloads/Factsheet_DE.pdf





Aktionsvorschläge für Europäische Mobilitätswoche

Vom 16. bis 22. September 2018 findet die Europäische Woche der Mobilität statt. Auch die Landeshauptstadt Magdeburg wird sich wieder daran beteiligen. Aus diesem Anlass ruft das Umweltamt dazu auf, sich als Verein, Initiative oder Interessierter an der Woche der Mobilität mit eigenen Aktionen zu beteiligen. Einsendungen sind bis zum 18. Mai möglich.

Das Motto der diesjährigen Aktionswoche lautet: Es wird multimodal. Dabei geht es sowohl um die Nutzung unterschiedlicher Verkehrsmittel für verschiedene Wege als auch darum, mehrere Verkehrsmittel für einen Weg zu kombinieren. Jede Kommune in Deutschland kann mitmachen – ganz gleich welcher Größe. Entscheidend bei der Europäischen Mobilitätswoche ist nur, sich für nachhaltige Mobilität einsetzen zu wollen.

Die Landeshauptstadt Magdeburg wird an der Woche der Mobilität teilnehmen. Das Umweltamt bündelt die einzelnen Aktionen und wird diese beim Umweltbundesamt für die Kommune anmelden. Das Umweltbundesamt ist die Nationale Koordinierungsstelle der Europäischen Mobilitätswoche und unterstützt die deutschen Kommunen tatkräftig bei der Umsetzung.



Bitte reichen Sie Ihre Vorschläge bis zum 18. Mai

2018 beim Umweltamt unter der E-Mail Adresse Claudia.Fricke@ua.magdeburg.de ein.

Die EUROPÄISCHE MOBILITÄTSWOCHE ist eine Kampagne der Europäischen Kommission. Seit 2002 bietet sie Kommunen aus ganz Europa die perfekte Möglichkeit, ihren Bürgerinnen und Bürgern die komplette Bandbreite nachhaltiger Mobilität vor Ort näher zu bringen. Jedes Jahr, immer vom 16. bis 22. September, werden im Rahmen der EUROPÄISCHEN MOBILITÄTSWOCHE innovative Verkehrslösungen ausprobiert oder mit kreativen Ideen für eine nachhaltige Mobilität in den Kommunen geworben: So werden beispielsweise Parkplätze und Straßenraum umgenutzt, neue Fuß- und Radwege eingeweiht, Elektro-Fahrzeuge getestet, Schulwettbewerbe ins Leben gerufen und Aktionen für mehr Klimaschutz im Verkehr durchgeführt. Dadurch zeigen Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger, dass nachhaltige Mobilität möglich ist, Spaß macht und praktisch gelebt werden kann.

• *eag Quelle: Pressemitteilung von Donnerstag, 12. April 2018 Landeshauptstadt Magdeburg*

Kontaktdaten:

Landeshauptstadt Magdeburg

Büro des Oberbürgermeisters

Team Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Alter Markt 6

39104 Magdeburg

Telefon: (03 91) 5 40 27 69, -2717

FAX: (03 91) 5 40 21 27

E-Mail: presse@magdeburg.de

Weitere Informationen unter:

<http://www.magdeburg.de>

<http://www.facebook.com/Landeshauptstadt.Magdeburg>

<http://twitter.com/Ottostadt>



Nachwuchsjournalisten können sich bei EU-Medienprogramm bewerben

Angehende Journalisten können sich seit dem 11. April beim „Youth4Regions“-Medienprogramm bewerben, das von der Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung initiiert wurde. Die besten Wort- oder Videobeiträge über Projekte, die vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) oder dem Kohäsionsfonds kofinanziert wurden, werden mit einer Reise nach Brüssel belohnt. Die Preisträger erhalten außerdem Seminarangebote zu den Themen Journalismus, Kommunikation und Kohäsionspolitik in Brüssel.

Die Gewinnerbeiträge werden auf der Kommissionswebsite sowie im Magazin „Panorama“ der Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung veröffentlicht. 28 Nachwuchsjournalisten (einer pro Mitgliedstaat) werden prämiert.

Bewerbungsschluss ist der 29. Juni 2018.

• *eag Quelle: PM KOM*



Weitere Informationen:

„Youth4Regions“-Medienprogramm [Link](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Arbeitsplans 2018 der öffentlich-privaten Partnerschaft für biobasierte Industriezweige Für die folgende Aufforderung werden Vorschläge erbeten: H2020-BBI-JTI-2018.
Fundstelle: Abl.	C 128 vom 11. April 2018 http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:128:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	NN
Antragsunterlagen:	Der Arbeitsplan mit Fristen und Budgets für die Tätigkeiten ist, ebenso wie die praktischen Einzelheiten zu der Aufforderung und die damit verbundenen Tätigkeiten sowie der Leitfaden für Antragsteller, über das Teilnehmerportal abrufbar http://ec.europa.eu/research/participants/portal Diese Informationen werden bei Bedarf auf dem Teilnehmerportal aktualisiert.

Gegenstand:	Europäisches Parlament <ul style="list-style-type: none"> • Stellenausschreibung Nr. PE/216/S — Direktor (w/m) (Funktionsgruppe AD, Besoldungsgruppe 14) — Generaldirektion Kommunikation — Direktion Medien • Stellenausschreibung Nr. PE/217/S — Direktor (w/m) (Funktionsgruppe AD, Besoldungsgruppe 14) — Generaldirektion Kommunikation — Direktion Kampagnen
--------------------	--



	<ul style="list-style-type: none">• Stellenausschreibung Nr. PE/218/S — Direktor (w/m) (Funktionsgruppe AD, Besoldungsgruppe 14) — Generaldirektion Übersetzung — Direktion Übersetzung
Fundstelle: Abl.	C 132 A vom 13. April 2018 http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:132A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	27. April 2018
Antragsunterlagen:	Die Bewerber werden gebeten, ausschließlich per E-Mail und unter Angabe der Referenznummer der Bekanntmachung im Betreff der E-Mail ein Bewerbungsschreiben (z. Hd. des Herrn Generalsekretärs des Europäischen Parlaments, Stellenausschreibung) und einen Lebenslauf im Format Europass als PDF-Dateien an folgende Adresse zu schicken: EP-SENIOR-MANAGEMENT@ep.europa.eu

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen — EACEA/16/2018 — Programm Erasmus+, Leitaktion 3 — Unterstützung politischer Reformen — Die europäische Jugend vereint
Fundstelle: Abl.	C 133 vom 16. April 2018 http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:133:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	25. Mai 2018
Antragsunterlagen:	Das Antragspaket ist online unter Verwendung des korrekten, ordnungsgemäß ausgefüllten elektronischen Formulars (e-Formular) einzureichen, das alle relevanten Anhänge und Belegunterlagen enthält. Das e-Formular ist in Englisch, Französisch und Deutsch unter folgender Internetadresse abrufbar: http://eacea.ec.europa.eu/erasmus-plus/forderung_de



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Technology Request - Enterprise Europe Network Database Spain	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: eenpost@tti-md.de	<p>A Spanish research center seeks a high-precision laser engraver/cutter machine</p> <p>A Spanish research and development centre specialised in internet of things services applied to different industries with the objective to improve the efficiency of its service is interested in getting a high-precision laser engraver/cutter machine to print on different metal surfaces, under commercial agreement with technical assistance.</p> <p>Further information: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/6117c203-7735-41a0-b9bc-ef7086960747</p> <p>Referenznummer: TRES20180319001</p>
Business Request - Enterprise Europe Network Database Belgium	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: eenpost@tti-md.de	<p>A Belgian commercial agency focusing on innovations, is offering commercial agency agreement to start ups active in the cycling and fast moving consumer goods.</p> <p>The Belgian company is a commercial agency dedicated to helping innovative companies enter the Belgian market. It represents brands in cycling and green energy solutions. With extensive knowledge and connections in different distribution channels the company helps foreign companies expand their business in Belgium.</p> <p>The company is focused on specific industries: cycling, mobility, eco-friendly solutions.</p>



		<p>Further information: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/2860465a-3d7b-46d3-89be-3e528226f770?OrgaId=de00614</p> <p>Referenznummer: BRBE20180314001</p>
Business Request - Enterprise Europe Network Database UK	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: eenpost@tti-md.de	<p>UK producer of artisan organic gluten free bread looking for producer of yeast</p> <p>The British organic gluten-free bakery using natural ingredients only, is developing a new range of dough. It is looking to source yeast or similar product from a small to medium sized producer with gluten-free and organic facilities to conclude a manufacturing agreement. The yeast should be spray dried to meet the requirements of a new process they are developing. The bakery is an established supplier of specialist products to catering, hospitality and retailers.</p> <p>Further information: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/bebbc7ad-9e8d-4e57-9961-c76a9cedac46</p> <p>Referenznummer: BRUK20180405001</p>
Business Offer - Enterprise Europe Network Database Spain	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: eenpost@tti-md.de	<p>Spanish Coffee Company looking for distributors within Europe</p> <p>The Spanish company based in the Balearic Island is a micro coffee company specializing in high quality beans, the company would like to expand their business and presently seek distribution companies for their brand within Europe.</p> <p>The company is interested in Distribution Services Agreement.</p> <p>Further information: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/c00ec71e-f7b6-4fdc-88fc-3e20c0097e9e</p> <p>Referenznummer: BOES20180313002</p>



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Tipp – Die Königlichen Gewächshäuser in Laeken öffnen ihre Tore

Die königlichen Gewächshäuser von Laeken waren sowohl zur Zeit ihrer Entstehung (1874-1905) und sind auch noch heute etwas ganz Besonderes. Zum einen sind es die riesigen Glaskonstruktionen, zum anderen sind es die einzigartigen Pflanzensammlungen, die die Besucher in Erstaunen versetzen.

Der Architekt Alphonse Balat und sein Lehrling Victor Horta haben im Auftrag von König Leopold II. den Gewächshauskomplex, der sich an das Schloss von Laeken anlehnt, entworfen.

Alljährlich zwischen Ende April und Anfang Mai – in diesem Jahr vom 21. April bis 11. Mai – öffnen sich die Tore der königlichen Gewächshäuser und jedes Jahr kommen Zehntausende und besichtigen die riesigen Glaskuppeln, die gläsernen Passagen, die



zahlreichen Palmen und die exotische Pflanzenarten.

Die Namen der einzelnen zu besichtigenden Anlagen weisen auf ihre jeweilige Funktion hin: Wintergarten, Speisesaalgewächshaus, Theatergewächshaus, Spiegel- und Dianagewächshaus. Im Mittelpunkt steht der Palmengarten, ein architektonisches Meisterwerk aus Glas und Stahl mit einer Kuppelhöhe von 25 m und bis an die Decke reichenden mächtigen Dattelpalmen.

Die Gewächshäuser zu unterhalten erfordert Präzisionsarbeit und eine perfekte Organisation. Für die oft sensiblen Pflanzen und Blumen wurde ein ausgeklügeltes Heizungssystem eingebaut, einige der Pflanzen benötigen mehr als 18 Grad, andere brauchen nur 10 bis 14 Grad um zu gedeihen. Insgesamt sorgen 14 Heizkessel für warmes Wasser, das in 28km langen Rohren zirkuliert. An heißen Tagen werden bis zu 52.000 Liter Wasser zum Gießen und Sprengen der Pflanzen benötigt, die natürlich kein „Brüsseler Leitungswasser“ vertragen, sondern nur säure- und salzarmes Wasser. Blumenwasser wird daher dem „Karpfenteich“ im Schlosspark entnommen.

Der Besuch der Gewächshäuser sollte in keinem Frühlingsbesuchsprogramm der belgischen Hauptstadt fehlen. • *eag*

Details: finden Sie hier: [Link1](#); [Link2](#); [Link3](#); [Link4](#); [Link5](#)

ÖPNV: Bus: 53 / Tram: 7



Die Gewächshäuser sind – außer an Montagen – von 09:30 bis 16:00 Uhr und am Wochenende zusätzlich von 20:00 bis 22:00 Uhr geöffnet.



Am 20. April wird es von 08:00-10.00 Uhr einen Sondertermin für die Presse geben. Am ersten Dienstag sind die Gewächshäuser ausschließlich für Besucher mit einer Behinderung zugänglich.

Adresse:

Domaine Royal de Laeken

Avenue du Parc Royal

1020 Bruxelles

Tel.: +32-2-551.20.20

Weitere Informationen gibt es [hier](#) und [hier](#) und auf [Facebook](#).

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Am Dienstag hielt Emmanuel Macron eine Rede vor dem Europäischen Parlament. Es ist seine zweite große Rede zu Europa und zur EU nach der an der Pariser Universität „Sorbonne“ im vergangenen Jahr. Der französische Präsident präsentierte abermals seine Reformideen für die Union, also ihre Organe, Institutionen und Grundsätze. Informationen über den derzeitigen Stand der Dinge in Sachen EU sowie Sachsens-Anhalts Rolle in Europa findet ein jeder bei den Europe Direct Informationszentren in Magdeburg und Halle (EDIC Magdeburg und EDIC Halle). Die Fragen in dieser Woche drehen sich daher um Institutionen der EU, Frankreich sowie seinen Präsidenten.

- 1.) Macron ging mit Reformplänen für Frankreich und Europa in das Rennen um die Präsidentschaft. Wie heißt seine politische Gruppe, die sich als Bürgerplattform und nicht als Partei versteht?
 - A) La République en Marche!
 - B) Allons-y, Paris!
 - C) Les Liberales



- 2.) Bei der Europawahl 2019 werden voraussichtlich viele Abgeordnete aus Macrons politischer Partei in das Parlament in Straßburg einziehen. Das könnte für neue Verhältnisse sorgen, da nicht sicher ist, welcher Fraktion sie angehören werden. Wie viele Sitze wird das Europäische Parlament dann haben?
- A) 699
 - B) 705
 - C) 751
- 3.) Ringen um Positionen: Bundeskanzlerin Merkel spürt parteiinternen Druck, sich nicht auf alle Vorschläge des französischen Präsidenten einzulassen. Welche Reform wird besonders kontrovers diskutiert?
- A) Gründung eines Europäischen Währungsfonds
 - B) Sofortige Abgabe des Mandats über die nationalen Armeen an den Europäischen Rat
 - C) Intervention in Syrien

- 1.) Antwort A ist korrekt. La République en Marche gewann im Frühjahr 2016 die Wahlen in Frankreich.
- 2.) Schrödingers Antwort! Sowohl Antwort B als auch C können hier richtig sein. Momentan hat das EP 751 Sitze, also die Höchstzahl. Abgeordnete brachten im Plenum den Vorschlag ein, die Sitzzahl im Zuge der aus der Union austretenden Briten auf 705 zu reduzieren und dabei 27 der 73 wegfallenden Sitze an die Mitgliedsländer neu zu verteilen.
- 3.) Richtig ist Antwort A. Der Europäische Währungsfonds (EWF) soll den Europäischen Stabilitätsmechanismus – eingeführt im Zuge der letzten Eurokrise – ablösen und die gemeinsame Währung in Krisenzeiten stützen. Einige deutsche Parteien befürchten einen hohen finanziellen Aufwand für den Bundeshaushalt.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31



Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Dr. Henrike Franz (HF)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Carmen Johannsen (Jo)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
NN	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Julia Shirley Alsleben (JSA)	Praktikantin	...22	E-Mail
Elena Dominquez Hernando (EDH)	Praktikantin	...22	E-Mail
Asli-Feyza Kursun (AFK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Simon Wessels (SW)	Praktikant	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

